

Polizei-Aufstockung in Sachsen-Anhalt: Ziel von 7.000 Beamten wackelt!

Sachsen-Anhalts Innenministerin plant 7.000 Polizeibeamte bis 2028. Erfahren Sie mehr über die Sicherheitslage und Ausbildungsherausforderungen.



Sachsen, Deutschland - In der aktuellen Diskussion um die Sicherheitslage ist Sachsen-Anhalts Innenministerin Tamara Zieschang gefordert. Ihre Pläne zur Aufstockung der Polizei auf 7.000 Vollzugsbeamte erfordern nun eine neue Strategie. Bis Ende 2027 oder Anfang 2028 sollen die 7.000 Beamten erreicht werden, was in Anbetracht der aktuellen Begebenheiten notwendig erscheint. So berichtet **MDR**, die ursprüngliche Zielsetzung im Koalitionsvertrag von CDU, SPD und FDP sah vor, diese Zahl bis 2026 zu erreichen. Doch die Realität ist anders: Zieschang hat klar kommuniziert, dass dieses Ziel nicht bis zum nächsten Jahr realisierbar ist.

Ein zentraler Punkt, der zu dieser Verzögerung beiträgt, ist die

steigende Abbrecherquote bei der Polizeiausbildung. Waren es 2015 noch rund 17 Prozent der Anwärter, die die Ausbildung nicht abschlossen, so liegt dieser Wert nun bei etwa 26 Prozent in den letzten beiden Einstellungsjahren. Gründe dafür sind unter anderem das Nichtbestehen von Prüfungen sowie freiwillige Rücktritte, die häufig ohne Nennung eines spezifischen Grundes erfolgen.

Sicherheitslage in Deutschland im Fokus

Doch nicht nur in Sachsen-Anhalt muss man sich mit den Herausforderungen der Polizeiarbeit auseinandersetzen. Der Dritte Periodische Sicherheitsbericht (3. PSB), der am 5. November 2021 vorgestellt wurde, gewährt einen tieferen Einblick in die bundesweite Kriminalitätsentwicklung und Sicherheitslage in Deutschland. Laut **BKA** fokussiert der Bericht auf wesentliche Themen wie Gewaltkriminalität, digitale Bedrohungen wie Grooming und Mobbing sowie rechtsextrem motivierte Straftaten. Diese Schwerpunkte sind zentral, um die öffentliche Diskussion über aktuelle Sicherheitsprobleme zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft zu stärken.

Der 3. PSB wird als wichtiger Teil der politischen Agenda angesehen. Er folgt auf die ersten beiden Berichte aus den Jahren 2001 und 2006 und hat die Aufgabe, die Kriminalitätsentwicklung im Zeitverlauf zu analysieren. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben dazu Beiträge von verschiedenen Behörden und Institutionen eingeholt, um eine möglichst umfassende Bestandsaufnahme zu erstellen, wie das Bundesamt für Justiz auf seiner Webseite erläutert **Bundesjustizamt**.

Die Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit sind beträchtlich und erfordern ein schlüssiges Vorgehen. Damit aus Worten Taten folgen, müssen nicht nur die Rahmenbedingungen für die Polizei verbessert werden, sondern auch eine frühzeitige Diskussion über die Ursachen und Lösungen von Kriminalität in

der Gesellschaft stattfinden. Hier ist sowohl die Politik als auch die Zivilgesellschaft gefordert.

Details	
Ort	Sachsen, Deutschland
Quellen	• www.mdr.de • www.bka.de • www.bundesjustizamt.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net